

Bundesministerium für Verkehr und  
Digitale Infrastruktur  
Herrn Minister Alexander Dobrindt  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

61.15

04.2016

**Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030  
Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover im Rahmen der  
Öffentlichkeitsbeteiligung -**

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

die Landeshauptstadt Hannover begrüßt es, dass mit dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 und dem zugehörigen Umweltbericht eine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt. Von der Möglichkeit der Beteiligung macht die Landeshauptstadt Hannover hiermit Gebrauch und nimmt wie folgt Stellung:

Der Bundesverkehrswegeplan schafft die Voraussetzungen für die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur und damit wichtige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Andererseits haben Infrastrukturmaßnahmen Auswirkungen auf die Umwelt und damit auch auf die Gesundheit. Wichtig ist deshalb, dass der gebotene Ausbau der Infrastruktur unter Wahrung der Umwelt und Gesundheit der betroffenen Gebiete und ihrer Bevölkerung durchgeführt wird.

Die Landeshauptstadt Hannover ist von verschiedenen Projekten der Verkehrsträger im BVWP 2030 direkt oder indirekt betroffen. Insbesondere als Bahnknoten profitiert Hannover in besonderer Weise von der Schieneninfrastruktur, ist aber andererseits auch vom Bahnlärm belastet, und nimmt bzgl. der Anzahl Bahnlärm betroffener eine Spitzenstellung unter den Ballungsräumen Deutschlands ein.

Deshalb ist das Vorhaben Nr. 2-003-V02 Ausbaumaßnahmen im Raum Hamburg / Bremerhaven – Hannover auf Basis der vom „Dialogforum Schiene Nord“ (DSN) gewählten erweiterten Alternative „Alpha E“ als neues Vorhaben im vordringlichen Bedarf für die Landeshauptstadt Hannover von großer Bedeutung. Mehrere Streckenabschnitte mit baulichen Veränderungen sind als Gesamtprojekt eingestellt. Diese Streckenabschnitte liegen zwar nicht im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover. Die dadurch zu schaffenden Kapazitäten für die Erhöhung insbesondere des Schienengüterverkehrs werden aber Auswirkungen auf die Bahnstrecken auf hannoverschem Stadtgebiet haben. Die Deutsche Bahn AG hat auf einer Veranstaltung am 19.02.2016 in Verden angekündigt, nach Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplanes mit der Umsetzung der einzelnen Projekte in einzelnen Planverfahren zu beginnen. Die dort von der DB AG angekündigte Reduzierung der Alpha-E-Variante auf die zukünftig vom Bund beauftragten Einzeluntersuchungen halten wir nicht für zielführend.

Die Landeshauptstadt Hannover fordert, nicht nur das Projekt Alpha-E-Variante an sich in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen, sondern auch die Ergebnisse des Dialogforums Schiene Nord hinzuzufügen, da sie die Voraussetzungen zur Findung der Variante waren und die Bedingungen für Akzeptanz der Maßnahmen benennen. Nur mit einer verbindlichen Aussage im Bundesverkehrswegeplan zur Umsetzung der im Abschlussdokument enthaltenen Randbedingungen für die Umsetzung der Alpha-E-Variante ist eine Akzeptanz für dieses Projekt zu erreichen.

Weiterhin fordert die Landeshauptstadt Hannover, dass sich die Untersuchungen im Zuge des Projektes Alpha-E-Variante mit der Kapazitätsproblematik des Bahnknotens Hannover auseinandersetzen. Schon jetzt stößt die Abwicklung des Schienenverkehrs an die Kapazitätsgrenze des Bahnknotens, so dass notwendige Ergänzungen zum Beispiel im Personennahverkehr nicht im erforderlichen Maße umgesetzt werden können. Deshalb ist es erforderlich, sich frühzeitig mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Zuwächse im schienengebundenen Personen- und im Güterverkehr am Bahnknoten abgewickelt werden sollen.

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Hannover, die von den Belastungen der Schienenstrecken betroffen sind, bitten wir um die Aufnahme der genannten Punkte, die von den Gremien der Landeshauptstadt Hannover beschlossen wurden, in den Bundesverkehrswegeplan 2030.

Mit freundlichen Grüßen

(Stefan Schostok)